

Magazin



erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 29, 2016

Bildungs- und Berufsberatung in Österreich

Standortbestimmung, Reflexionsräume
und Perspektiven

Thema

Bildungs- und Berufsberatung in Österreich historisch betrachtet

Vom Fürsorgewesen über individualisierte
Bildungsberatung zur lebensbegleitenden
Beratung und Kompetenzvermittlung

Karin Gugitscher



Bildungs- und Berufsberatung in Österreich historisch betrachtet

Vom Fürsorgewesen über individualisierte Bildungsberatung zur lebensbegleitenden Beratung und Kompetenzvermittlung

Karin Gugitscher

Gugitscher, Karin (2016): Bildungs- und Berufsberatung in Österreich historisch betrachtet. Vom Fürsorgewesen über individualisierte Bildungsberatung zur lebensbegleitenden Beratung und Kompetenzvermittlung.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 29, 2016. Wien.

Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/16-29/meb16-29.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Erschienen unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Schlagworte: Bildungsberatung, Berufsberatung, Erwachsenenbildung, Österreich, Geschichte, Lehrlingsfürsorge, Wiener Berufsberatungsamt, Lifelong Guidance



Kurzzusammenfassung

Ursprünge der heutigen Bildungs- und Berufsberatung in Österreich lassen sich auf die Beratung im Rahmen der Lehrlingsfürsorge und Lehrstellenvermittlung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wie auch auf die Beratung von Frauenvereinen und Arbeitsämtern nach dem Ersten Weltkrieg zurückführen. Der vorliegende Beitrag arbeitet die Geschichte der Bildungs- und Berufsberatung von deren Anfängen bis zur Gegenwart auf und zeigt damit zweierlei, so das Resümee der Autorin: zum einen, dass in modernen Gesellschaften mit ausdifferenzierten Beschäftigungs- und Bildungssystemen gut zugängliche und trägerunabhängige Bildungs- und Berufsberatungsangebote essentiell sind; zum anderen, dass es tragfähiger Rahmenbedingungen, demokratischer und kooperativer Strukturen sowie engagierter und professioneller BildungsberaterInnen mit Freiraum für Innovationen bedarf, wenn Bildungsberatung zur Überwindung hegemonialer Strukturen und zu individueller Ermächtigung beitragen soll. (Red.)

Bildungs- und Berufsberatung in Österreich historisch betrachtet

Vom Fürsorgewesen über individualisierte Bildungsberatung zur lebensbegleitenden Beratung und Kompetenzvermittlung

Karin Gugitscher

Soziale Praktiken wie die Bildungs- und Berufsberatung¹ sind nicht nur von den individuellen Normen, Werten und Überzeugungen der Beteiligten geprägt, sondern wesentlich auch von historisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Wertvorstellungen. Zum Verständnis und zur Relativierung gegenwärtiger Entwicklungen der Bildungs- und Berufsberatung in Österreich kann folglich ein Blick in deren Vergangenheit hilfreich sein.

Im ersten Teil des vorliegenden Beitrags werden die Wurzeln der Berufsberatung in Österreich sowie Tätigkeiten und Zielsetzungen nach dem Ersten Weltkrieg in Wien aufgezeigt. Als Quellen dienen Tätigkeitsberichte und Publikationen des Berufsberatungsamtes der Stadt Wien sowie Datenbank- und Fachliteraturauswertungen zu den Wiener Volksbildungseinrichtungen. Im zweiten Teil zeigt eine Synopse der Bildungspolitik sowie der Beratungskonzeption und -praxis in der österreichischen Erwachsenenbildung um 1920, 1970 und ab 2000 Bildungs- und Berufsberatung als historisches Phänomen in ihrer gesellschaftlichen Verwobenheit.

Vorläufer öffentlicher Berufsberatung

In Österreich gab es bereits vor und während des Ersten Weltkriegs Aktivitäten im Bereich der Berufsberatung. Nachdem anfangs vor allem private

Vereine oder Organisationen mit karitativer Ausrichtung und regionaler Beschränkung Unterstützung bei beruflichen Fragen anboten, widmeten sich mit Beginn des 20. Jahrhunderts vermehrt öffentliche Organisationen wie Handwerkervereinigungen, Gewerkschaften und Kammern der Berufsberatung im Rahmen der Lehrlingsbetreuung. Bereits 1880 führte der damals gegründete „Zentralverein für Lehrlingsfürsorge“ in seinen Statuten an erster Stelle die „Gründung und Erhaltung von Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung“ an, befasste sich allerdings bis 1924 nur mit der Lehrstellenvermittlung (vgl. Pamperl 1931a, S. 3). Ebenfalls in Wien wurde 1906 vom Gewerkschafter Karl Metschl (1864-1924) die „Zentralstelle für Lehrlingsschutz“ gegründet, die bis zu ihrer Übernahme durch die Arbeiterkammer 1921 auch eine unentgeltliche Beratungsstelle für die Berufswahl beinhaltete (vgl. ÖBL 1974, S. 247-248). Gegen Ende des Ersten Weltkriegs und in den ersten Jahren danach setzte eine neue Phase ein. In

¹ Bildungs- und Berufsberatung wird hier als Oberbegriff für personenbezogene Beratungen zu bildungs- und berufsbezogenen Fragen verstanden, die organisiert und mit professionellen Ansprüchen durchgeführt werden.

Österreich waren es vor allem Frauenvereine und Arbeitsämter, die sich der Berufsberatung annahmen. Besonders einflussreich beim Aufbau einer öffentlichen Berufsberatung in Österreich war Olly Schwarz (1877-1960), die sich in der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung für Berufs- und Bildungsrechte für Frauen einsetzte. Nach dem Besuch eines vierwöchigen Kurses für Berufsberaterinnen in Berlin errichtete sie 1916 in Wien die „Zentralstelle für weibliche Berufsberatung“ und hielt 1917 eine „Tagung für die Berufsinteressen der Frauen“ ab – diese jährliche Berufsberatungstagung wurde bis 1936 durchgeführt. Als sich 1917 der „Arbeitsnachweis der Stadt Wien“, der Vorläufer des Arbeitsamtes, auf die Zeit der Demobilisierung und Wiedereingliederung der vielen Arbeitslosen in das neue Wirtschaftsgefüge vorzubereiten begann, schulte Schwarz deren BeamtInnen in der Praxis der Berufsberatung. Außerdem wurde sie ab Herbst 1917 vom neu geschaffenen und weltweit ersten Sozialministerium, das ein eigenes Referat für Berufsberatung einrichtete, wiederholt zur Mitarbeit bei verschiedenen Kursen, Konferenzen und ministeriellen Verlautbarungen angefordert (vgl. Schwarz 1959, S. 3-40).

Nach dem Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und der Ausrufung der Republik im November 1918, die mit massiven politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen verbunden war, beeinflussten vor allem drei Ereignisse im Jahr 1919 die Entstehung einer öffentlichen Berufsberatung in Österreich (vgl. Pamperl 1931a, S. 3-4):

- Das Landesarbeitsamt in Graz nahm Berufsberatung in ihr Aufgabengebiet auf.
- Die Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Oberösterreich entschloss sich, eine eigene Abteilung für Berufsberatung zu errichten, die im Herbst vom oberösterreichischen Landesjugendamt übernommen wurde.
- Der Sozialdemokrat Ferdinand Hanusch, der als Staatssekretär für soziale Verwaltung unter dem Druck von Massenarbeitslosigkeit und Not zwischen 1918 und 1920 eine Vielzahl sozialpolitischer Gesetze und Verordnungen verabschieden konnte, darunter die Einführung der Arbeitslosenversicherung und den Acht-Stunden-Arbeitstag,

richtete ein Rundschreiben an die Bürgermeister aller österreichischen Statutarstädte (das waren die Städte mit eigenem Stadtrecht), in dem er den Bürgermeistern unter Hinweis auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die guten Erfahrungen in Deutschland die Errichtung von Berufsberatungsstellen entweder in Verbindung mit Arbeitsämtern oder Jugendämtern nahelegte.

In Folge wurden in einigen österreichischen Städten Berufsberatungsstellen gegründet, die entweder an das regionale Jugendamt angeschlossen waren oder an eine der damals gerade im Aufbau befindlichen paritätisch von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden geführten Arbeitsmarktbehörden, den Industriellen Bezirkskommissionen (IBK) und deren Arbeitsämtern. Nur in Wien – und für kürzere Zeit von 1924 bis 1930 in St. Pölten – ging man einen anderen Weg: Hier wurde von der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer ein Berufsberatungsamt eingerichtet (vgl. Pamperl 1931a, S. 4-5; Rager 1925, S. 19-29).

Tabelle 1 zeigt die in Österreich bis 1931 errichteten öffentlichen Berufsberatungsämter inklusive deren Personalstand und Anzahl der Ratsuchenden im Jahr 1929. Daneben gab es damals noch von Arbeitgebervertretungen geförderte Institutionen wie in Wien den vom Gewerbeinstitut der Wiener Handelskammer unterstützten Zentralverein für Lehrlingsfürsorge, der im Jahr 1929 gesamt 1.960 Ratsuchende zählte (vgl. Pamperl 1931a, S. 4-5 u. 1931b, S. 3).

Berufsberatung des Roten Wien der Zwischenkriegszeit

Das 1921 gegründete Berufsberatungsamt der Stadt Wien und der Arbeiterkammer Wien (BBAW) nahm im Mai 1922 seine Tätigkeit auf und wurde bald zur größten und leistungsstärksten Beratungsstelle Österreichs (vgl. Rager 1925, S. 20). An das Berufsberatungsamt war eine Lehrstellenvermittlung angeschlossen². Neben Berufsberatungsgesprächen fanden im Berufsberatungsamt ärztliche und

2 Falls nicht extra ausgewiesen entstammen die Darstellungen zu den Tätigkeiten des Wiener Berufsberatungsamtes in diesem Kapitel der Analyse der Tätigkeitsberichte des Berufsberatungsamtes der Stadt Wien und der Wiener Arbeiterkammer der Jahre 1924 bis 1933 (BBAW 1924-1933).

Tab. 1: Öffentliche Berufsberatungsämter in Österreich im Jahr 1931 inkl. Personalstand und Zahl der Ratsuchenden im Jahr 1929

Gründungs- jahr	Name der Stelle	Sitz	Tätigkeitsgebiet	Personal- stand 1929		Ratsuchende 1929
				haupt- beruflich	neben- beruflich	
1919	Oberösterreichisches Landes-Berufs- beratungsamt und Lehrstellenvermitt- lungsamt beim öö. LJA	Linz	Land Oberösterreich exkl. Landeshauptstadt	3	*	1.517
1919	Steirische Berufsberatung u. Lehrstel- lenvermittlung	Graz	Land Steiermark inkl. Landeshauptstadt	9	2	5.321
1920	LJA der nö. Landesregierung	Wien	Land Niederösterreich		**	1.654
1920	Berufsberatungsamt des städt. JA in Linz (Tätigkeit von 1922-1924 eingestellt)	Linz	Landeshauptstadt Linz		3	322
1920	Berufsberatungsstelle beim JA des Magistrats Wiener Neustadt	Wiener Neustadt	Stadtgebiet und Umgebung		2	389
1922	Berufsberatungsamt der Stadt Wien und der nö. Arbeiterkammer	Wien	Gemeindegebiet der Bundeshauptstadt	15	4	12.372
1923 bis 1929	Berufsberatungsstelle beim JA des Magistrats Steyr	Steyr	Stadtgebiet			
1924 bis 1930	Berufsberatungsamt der Stadt St. Pölten und der nö. Arbeiterkammer	St. Pölten	Stadtgebiet	2		606
1924	Berufsberatungsamt der IBK für Kärnten	Klagenfurt	Land Kärnten inkl. Landeshauptstadt		2	1.655
1926	Arbeitsamt Salzburg, Abt. für Berufs- beratung	Salzburg	Land Salzburg inkl. Landeshauptstadt		1	246
1926	Berufsberatungsamt der IBK für Tirol	Innsbruck	Land Tirol inkl. Landeshauptstadt	3	1	1.152
1928	IBK Burgenland	Eisenstadt bzw. an Arbeitsämtern der IBK	Land Burgenland		8	
1929	Berufsberatungsamt, Amt Oberstei- ermark, Steirischer Arbeitsnachweis (Zweigstelle der steir. Berufsberatung)	Bruck a. d. Mur	Amtsbereich der Arbeitsämter Bruck a. d. Mur, Mürzzuschlag, Leoben, Eisenerz, Knittelfeld	2		
1927 1928 1928 1929 1929 1929 1929 1929	Arbeitsamt der IBK Wien in: Liesing Tulln Klosterneuburg Bruck a. d. Leitha Schwechat Gänserndorf Stockerau Korneuburg Purkersdorf	Liesing Tulln Klosterneuburg Bruck a. d. Leitha Schwechat Gänserndorf Stockerau Korneuburg Purkersdorf		1	10	1.602

Anmerkungen:

* In Oberösterreich wurden die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung meist durch Lehrkräfte an Schulen durchgeführt.

** In Niederösterreich wurde die Berufsberatung meist bei den Bezirksvormundschaften von FürsorgerInnen ausgeübt.

Abkürzungen:

IBK = Industrielle Bezirkskommission, JA = Jugendamt, LJA = Landesjugendamt

Quelle: Eigene Darstellung (Datenbasis: Pamperl 1931a, S. 4-5 u. 1931b, S. 3)

psychotechnische (Psychotechnik war der damalige Begriff für angewandte Psychologie) Untersuchungen und Beratungen statt – hauptsächlich für PflichtschulabsolventInnen, der Hauptklientel des Amtes, die vor der Wahl eines Lehrberufs standen. Die Tätigkeitsberichte des Berufsberatungsamtes und die Beiträge in dessen Fachorgan, der Zeitschrift „Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge“, zeigen die breitgefächerten Aktivitäten und geben einen Einblick in die Zielsetzungen des Wiener Berufsberatungsamtes.

Abb. 1: Plakat des Wiener Berufsberatungsamtes



Quelle: Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge 1925, Heft 7, S. 10.

Beispielsweise wurden im Jahr 1924 gesamt 12.684 Beratungsfälle und 31.035 Beratungsgespräche registriert – bei einem Personalstand von damals drei BeraterInnen, drei ÄrztInnen sowie fünf BeamtenInnen für Statistik und fachwissenschaftliche Arbeiten, Lehrstellenvermittlung und Kanzleiarbeiten. Abbildung 1 zeigt ein Plakat des Wiener Berufsberatungsamtes, wie es in den 1920er Jahren für Werbezwecke verwendet wurde.

Die Berufsberatung am Wiener Amt war theoretisch von der Individualpsychologie Alfred Adlers beeinflusst (vgl. Rager 1925, S. 32) und insgesamt sehr interdisziplinär und international ausgerichtet,

indem etwa internationale Tagungen oder Studienreisen zum Fachaustausch und zur eigenen Professionalisierung durchgeführt wurden. Die BerufsberaterInnen fungierten auch als „Schulpädagogen“ (siehe Schwarz 1933), wenn sie im Rahmen von „Schülerbelehrungen“ und Lichtbildervorführungen nach dem oder während des Schulunterrichts über Arbeitsethos und verschiedene Berufsbilder aufklärten. Auch das damals junge Medium Radio wurde genutzt und im Schulrundfunk über Berufswahl und die Berufsberatung am Amt berichtet. Das Wiener Berufsberatungsamt arbeitete dabei eng mit den Wiener Pflichtschulen zusammen, die unter der Bildungsreform des Sozialdemokraten Otto Glöckel (1874-1935) den Abbau herkunfts- oder geschlechtsbedingter Bildungsprivilegien und gleiche Bildungschancen anstrebten. Die Bildungsreform war Teil einer umfassenden sozialdemokratischen Gesellschaftsreform, die auch das Sozial-, Gesundheits- und Wohnungswesen einschloss und wurde – nachdem die Sozialdemokraten 1920 aus der Bundesregierung ausschieden – im von ihnen regierten „Roten Wien“ fortgeführt (siehe Keim 1984).

Die enge Verflechtung von Berufsberatung, Pädagogik und sozialpolitischem Engagement am Wiener Berufsberatungsamt kommt auch in einem Bonmot von Maria Jahoda (1907-2001), Mitverfasserin der Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ und engagierte Sozialdemokratin im Wien der Zwischenkriegszeit, zum Ausdruck. Sie arbeitete in den Jahren 1928 und 1930 für einige Monate am Wiener Berufsberatungsamt als Assistentin des Psychologen Gustav Ichheiser und schreibt darüber: „Er [Ichheiser; K.G.] entwarf einen Satzergänzungstest für Jugendliche: ‚Erfolg ist, wenn ...‘ Unvergeßlich der Vierzehnjährige, der schrieb: ‚... ich groß bin und eine reiche Frau heirate und sie stirbt und läßt mir all ihr Geld.‘ Ein schwerer Schlag für meine idealistische Weltsicht“ (Jahoda 1997, S. 45).

Ziel der BerufsberaterInnen dieser Zeit war es, die sofortige Aufnahme un- oder angelernter Tätigkeiten von Jugendlichen nach dem Pflichtschulbesuch einzudämmen und der Verengung der Berufswünsche auf wenige, meist überlaufene Lieblingsberufe entgegenzuwirken sowie eine den persönlichen Eignungen entsprechende Berufswahl zu unterstützen. Dabei versuchten die BerufsberaterInnen des Wiener Amtes zur Überwindung oft beschränkender Rahmenbedingungen beizutragen, beispielsweise indem sie sich

für die Vergabe von Schulgeldermäßigungen oder Stipendien für ökonomisch benachteiligte Personen einsetzten. Olly Schwarz, die Leiterin der weiblichen Abteilung des Wiener Berufsberatungsamtes kämpfte gegen einschränkende Wahlmöglichkeiten und Diskriminierungen bei der Zulassung von Frauen zu Ausbildungen und Berufsstellen – sie bezeichnete ihre Tätigkeit im Berufsberatungsamt als „*Mission für die Berufsrechte der Frauen*“ (Schwarz 1959, S. 32). In diesem Sinne war die Berufsberatungstätigkeit des Wiener Amtes emanzipatorisch und von einer stark fürsorglicherisch-advokatorischen Haltung getragen. Die Beratung Jugendlicher beim Berufseinstieg war aber auch stark an den Anforderungen des Arbeitsmarktes und am Abgleich von Arbeitsangebot und -nachfrage orientiert – und in diesem Sinne auch durchaus dirigistisch und paternalistisch.

Das Wiener Berufsberatungsamt richtete sich an alle BewohnerInnen Wiens und bot neben Berufsberatungen für den Berufseinstieg Jugendlicher auch Schullaufbahn- und Studienberatungen für MittelschülerInnen und Studierende sowie Beratungen für Erwachsene an. Der Anteil der Ratsuchenden über 18 Jahren war mit ca. 5% der Beratungsfälle jedoch gering. Es handelte sich dabei einerseits um Erwachsene, die im Zuge der strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie sowie im Zuge technologisch-industrieller Umwälzungen zu einer neuerlichen Berufswahl gezwungen waren, darunter auch Wehrmänner des Bundesheeres, andererseits um Personen, die fachlichen Rat zu Weiterbildungsmöglichkeiten für ihr berufliches Fortkommen suchten (siehe Schwarz 1929). In dieser Hinsicht kann das Wiener Berufsberatungsamt als eine erste trägerunabhängige Bildungs- und Berufsberatungseinrichtung für Erwachsene in Österreich abseits der Arbeitsmarktverwaltung gesehen werden.

Volksbildung und Berufsberatung im Roten Wien

Nach dem Ersten Weltkrieg fand Berufsberatung – das zeigt eine Analyse der Tätigkeitsberichte und

Programmangebote der Wiener Volksbildungseinrichtungen – auch im Volksbildungsverein in Margareten, in der Wiener Urania und dem Volksheim in Ottakring ihren Platz, wo in den 1920er Jahren das Angebot ausgebaut und inhaltlich wie methodisch ausdifferenziert wurde (vgl. Filla 2014, S. 98-104). Die Wiener Volksbildungseinrichtungen agierten damit im Sinne des Erwachsenenbildners Wilhelm Gärtner (1885-1952), der 1920 in der Zeitschrift „Volksbildung“ festhielt: „*Aufklärung und Werbung neben moralischer Erziehung ist also die Aufgabe der Volksbildungsarbeit auf diesem Gebiete*“ (Gärtner 1920, S. 130-131). In Kursen, Vorträgen, Filmen oder Führungen sollten die Volksbildungseinrichtungen über die Wichtigkeit einer rationalen Berufswahl und die Berufsberatung informieren und in diesem Sinne auch für das damals neue Angebot werben (vgl. ebd., S. 131-132).

Angeboten wurden zum einen zahlreiche Vorträge und Kurse zum Thema Berufsberatung, beispielsweise an der Wiener Urania der Kurs „Berufsberatung“ vom pensionierten Sektionschef des Sozialministeriums Robert Kauer³ oder im Volksheim Ottakring der Vortrag „Die sozialpolitische Bedeutung der Berufsberatung“ vom Leiter des Wiener Berufsberatungsamtes Hans Pamperl (vgl. VHSV 1929, S. 50). Zum anderen gab es für kurze Zeit sogar eine Berufsberatungsstelle im Volksheim Ottakring. Sie wurde von Siegmund Kornfeld (1859-1927) geleitet, dem Obmann der dortigen Fachgruppe Philosophie. Kornfeld hielt schon in den Studienjahren 1920/21 und 1921/22 im Rahmen dieser Fachgruppe eine Übung in experimenteller Psychologie ab, die er mit Berufsberatung verband (vgl. Filla 2001, S. 367-371). 1925, in der Zeit der Hochblüte des Volksheimes Ottakring, wurde dann eine eigene Berufsberatungsstelle errichtet. „*Die Berufsberatungen oder richtiger die Berufseignungsprüfungen wurden jeweils am Sonntag in den Vormittagsstunden im Anschluß an den Kurs über experimentelle Psychologie abgehalten*“ (VHSV 1927, S. 97). Nach dem Ableben von Kornfeld im Frühjahr 1927 wurde diese Beratungsstelle nicht mehr fortgeführt (vgl. VHSV 1928, S. 89).

Auch erste Überlegungen zur Einrichtung einer Weiterbildungsberatung wurden in den 1920er

³ Diese Daten wurden aus der THESEUS-Datenbank des Österreichischen Volkshochschularchives (ÖVA), Modul „Kurse/Vorträge“ mit dem Suchbegriff „Berufsberatung“ ausgelesen und für die Arbeit verwertet.

Jahren im Wiener Volksheim im Zusammenhang mit der Ausdifferenzierung des Bildungsangebots angestellt und eine ständige Studienberatung angedacht – allerdings konnte diese Idee nicht umgesetzt werden (vgl. Filla 2001, S. 267 u. S. 471-472). Im Volksbildungsverein wurden 1930/31 „Einführungen in die verschiedenen Wissensbereiche“ angeboten und Beratungsmöglichkeiten bei den SekretärInnen oder DozentInnen des Hauses eingerichtet (vgl. ebd., S. 597). An der Wiener Urania gab es ab 1932/33 eine Beratungsstelle für Fragen der Bildung und Lebensgestaltung.⁴ Insgesamt zeigen diese Beispiele, dass die Etablierung von Bildungsberatung mit der Öffnung von Bildungszugängen für breite Bevölkerungsgruppen sowie mit der Institutionalisierung der Erwachsenenbildung und der Ausdifferenzierung des Bildungsangebots eng verbunden ist.

Mit der Beseitigung der Demokratie im März 1933 wurde nicht nur das Berufsberatungsamt der Stadt Wien aufgelöst und die Berufsberatungstätigkeit nach deutschem Vorbild der Arbeitsmarktverwaltung übertragen (siehe BBAW 1933), in der Folge wurde auch der freien Volksbildung, vor allem durch personelle Eingriffe, ein Ende gesetzt (vgl. Filla 2014, S. 125-146). Während in der demokratischen Phase der Ersten Republik gesellschaftspolitische Strömungen wie die Frauen- und Arbeiterbewegung zusammen mit dem Aufblühen empirischer Wissenschaften wie der angewandten Psychologie, der Sozialpsychologie, Heilpädagogik, Psychoanalyse und Individualpsychologie – vor allem in Wien – zur Institutionalisierung der Berufsberatung in Zusammenhang mit dem Aufbau des modernen Sozialstaates sowie zu einer laufenden Weiterentwicklung des von emanzipatorischen Ideen getragenen Beratungsangebotes führten, kam es im Austrofaschismus und Nationalsozialismus zur Verstaatlichung und Monopolisierung der Berufsberatung durch die Arbeitsmarktbehörden. Diese wurden damals, wie Mathias Krempf und Johannes Thaler (2015) in ihrer Untersuchung der österreichischen Arbeitsmarktverwaltung aufzeigen, durch die Beseitigung demokratischer Strukturen „*systematisch zur Bewältigung parteipolitisch-ideologischer Ziele herangezogen*“ (Krempf/Thaler 2015, S. 250). „*Von den drei Kerntätigkeiten Arbeitslosenversicherung, Berufsberatung und Arbeitsvermittlung stellten*

besonders die beiden letztgenannten den Eingang für eine massive politische Befruchtung des Amtshandelns dar“ (ebd., S. 137). Trotz der allgemein schlechten Quellenlage zu den damaligen Berufsberatungsgagenden finden sich Hinweise, dass gerade in der Zeit des NS-Regimes politisch exponierten Gruppen wie rassistisch Verfolgten regelmäßig eine fundierte Ausbildung wie eine Lehre oder kaufmännische Ausbildung verwehrt wurde (vgl. ebd., S. 104).

Bildungs- und Berufsberatung in der Erwachsenenbildung in Österreich ab 1970

Tabelle 2 zeigt eine Synopse der Bildungs- und Berufsberatung im Einflussbereich des für Erwachsenenbildung zuständigen Ministeriums im Kontext der österreichischen Erwachsenenbildungspraxis und -politik um 1920, 1970 und ab 2000.

In den 1960er Jahren wurde Beratung zu bildungs- und berufsbezogenen Fragen im Bildungswesen im Zuge der Bildungsreformen zum Thema. Befördert durch internationale Konzepte zum Lernen nach einer ersten Ausbildungsphase erreichte die Bildungsreform um 1970 auch die österreichische Erwachsenenbildung (siehe Bisovsky 1991). 1972 wurde die Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ) gegründet und 1973 das Bundesgesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens erlassen, in dem erstmalig förderungswürdige Aufgaben des Bundes taxativ aufgelistet wurden, darunter auch „Bildungsinformation, Bildungsberatung und Bildungswerbung“ (BGBl Nr. 171/1973, §2 Abs.1j). Kurz darauf im April 1974 berief der Leiter der Abteilung Erwachsenenbildung des Unterrichtsamtes Hans Altenhuber eine Tagung zum Thema „Probleme der Bildungsinformation und -beratung bei Erwachsenen“ ein, da der Ausbau dieses Bereiches als besonders dringliches Anliegen zur Förderung gleicher Bildungschancen erachtet wurde. Als Empfehlungen der Tagung wurde festgehalten: (1) die Erarbeitung geeigneter Informationsmaterialien, (2) eine Organisationsstruktur mit Bildungs- und Lernberatung bei Erwachsenenbildungsinstitutionen sowie Bildungsberatungsstellen

4 Wie Fußnote 3.

Tab. 2: Synopse der Bildungs- und Berufsberatung in der österreichischen Erwachsenenbildung (EB) um 1920, 1970 und ab 2000

	um 1920	um 1970	ab 2000
(Bildungs-)Politik	Volksbildung Ziel: Demokratisierung und Chancengleichheit 1919 Regulativ für die Organisation des Volkswesens	Weiterbildung Ziel: Bildungsgerechtigkeit und Förderung permanenter Weiterbildung 1972 KEBÖ 1973 Fördergesetz der EB	Lebenslanges Lernen EU: Strategien zu LLL und LLG zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, aktiven Staatsbürgerschaft und sozialen Integration Ö: 2011 Strategie LLL:2020
Beratungskonzeption	Berufsberatung (Fürsorgewesen) fürsorgerisch-advokatorisch (v.a. für benachteiligte Jugendliche) Vermittlung von Arbeitsethos und Berufskunde Matching-Ansatz	Bildungsberatung individualisierend Motivierung zu Bildung (Bildungswerbung und -information) Bildungstheoretischer Diskurs und v.a. klientenzentrierter Ansatz	Lifelong Guidance Lebensbegleitende Beratung und Kompetenzvermittlung zur Berufs-, Bildungs- und Lebensweggestaltung „Empowerment“
EB-Beratungspraxis	Vorträge, Kurse, Beratungsstellen an Wiener Volkshochschulen Berufsberatungsamt der Stadt Wien	Einrichtungsbezogene Informationen zum Kursangebot Förderstelle des Bundes für EB in der Steiermark	Projekt Initiative Bildungsberatung Österreich – Beratungsnetzwerk für trägerunabhängige Beratung

Quelle: Eigene Darstellung

bei den Förderstellen des Bundes für Erwachsenenbildung in den Ländern, (3) der Einsatz von Beratungsmethoden, die an den Wünschen, Interessen und Zielen der Ratsuchenden orientiert sind, sowie (4) Ausbildungen der BildungsberaterInnen durch die Erwachsenenbildungsinstitutionen, durch die KEBÖ gemeinsam mit dem Unterrichtsministerium sowie in auf Hochschulausbildungen aufbauenden spezifischen Trainingslehrgängen (siehe Gattol 1974). Von der Förderstelle des Bundes für Erwachsenenbildung in der Steiermark wurden in der Folge Materialien für die Beratungstätigkeit erarbeitet und Schulungen für BeraterInnen organisiert (siehe Pesendorfer 1976). Die Studie „Bildungsberatung in der Erwachsenenbildung“ (Lenz/Schmidl 1977) beschäftigte sich eingehend mit der bildungstheoretischen Fundierung von Bildungsberatung sowie der klientInnenzentrierten Beratungsmethode. Im Unterschied zur Ersten Republik, als im Kontext des Aufbaus des Sozialstaates engagierte Persönlichkeiten den Aufbau einer öffentlichen anbieterunabhängigen Berufsberatung forcierten, kam man in den 1970er Jahren über die Stufe von Bildungsinformationen von den Bildungsanbietern zum eigenen Programmangebot durch Sekretariate

oder Einrichtungsleitende kaum hinaus. Gründe dafür können vermutet werden: in der Struktur der österreichischen Erwachsenenbildung, in der Förderpolitik des Bundes, welcher die Förderungen ab 1973 wieder kürzte (vgl. Bisovsky 1991, S. 242-243), im Berufsberatungsmonopol der öffentlichen Arbeitsverwaltung, welches insbesondere für Einrichtungen der beruflichen Erwachsenenbildung die Errichtung von Informations- und Beratungsstellen verhinderte (siehe dazu für die Wiener Wirtschaftskammer Jonke-Hauptmann 1994) sowie im Fehlen geeigneter Beratungskonzepte.

Erst ab Ende der 1980er Jahre entstanden nach und nach trägerneutrale Bildungsberatungsangebote. Neben Erwachsenenbildungseinrichtungen führten zunehmend auch andere Träger Bildungsberatungen durch und es entstand ein Beratungsangebot, das ausdifferenziert und vielfältig, aber auch zunehmend unübersichtlich wurde (vgl. Götz/Haydn/Tauber 2014, S. 28-33). Eine wesentliche Rolle spielte dabei auch Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union ab 1995 und deren ab den 2000er Jahren einsetzende Politik zum Lebenslangen Lernen, die programmatisch auf die Förderung von Beschäftigungsfähigkeit, aktiver Staatsbürgerschaft und

sozialer Inklusion abzielt und in der Bildungs- und Berufsberatung ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieser Ziele sieht.

Aufbauend auf Vorgängerinitiativen startete das österreichische Unterrichtsministerium im Jahr 2011 die Initiative Bildungsberatung. In Folge wurde ein flächendeckendes, leistungsfähiges, regionales und zielgruppenspezifisches Bildungsberatungssystem aufgebaut, das kostenlose Beratung anbietet und eine breite Palette von Beratungsformaten und -settings umfasst (vgl. ebd., S. 34-41). Die Initiative Bildungsberatung steht im Einklang mit der nationalen und europäischen Strategie zum Lebenslangen Lernen und zu Lifelong Guidance. Sie basiert auf einem erweiterten Beratungsverständnis, welches Beratung prozessual und über die Lebensspanne konzipiert und inhaltlich neben Information und Beratung auch die Vermittlung von Kompetenzen zur Laufbahngestaltung umfasst. Lifelong Guidance soll BürgerInnen bei der Bewältigung von Transitionen im Lebensverlauf bestärken (siehe Rat der Europäischen Union 2008a).

Bereits im „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ (siehe Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000) wurde die große Bedeutung von „hochwertigen Informations- und Beratungsangeboten über Lernmöglichkeiten in Europa und während des gesamten Lebens für alle“ (ebd., S. 4) betont und in der „Entscheidung des Rates zum lebensbegleitenden Lernen“ (siehe Rat der Europäischen Union 2002) bekräftigt. 2006 wurde im „Aktionsprogramm im Bereich des Lebenslangen Lernens“ (siehe Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2006) die Bereitstellung von Beratungsdiensten als Teil des lebenslangen Lernens definiert und beschlossen, dass Bildungs- und Berufsberatung förderfähig ist. In den Guidance-Resolutionen von 2004 und 2008 hat die Europäische Union die Mitgliedstaaten zum Ausbau von Beratungssystemen und -praktiken aufgefordert (siehe Rat der Europäischen Union 2004 u. 2008a). Im Strategierahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung „ET 2020“ (vgl. Rat der Europäischen Union 2009, S. 3) wurde die Verbesserung der Qualität der Beratungssysteme zur Verwirklichung von lebenslangem Lernen empfohlen. In den europäischen Programmen zur Erwachsenenbildung wird der Auf- und Ausbau von Bildungsberatung im „Aktionsplan Erwachsenenbildung“

(siehe Kommission der Europäischen Gemeinschaft 2007), in den „Schlussfolgerungen des Rates zur Erwachsenenbildung“ (vgl. Rat der Europäischen Union 2008b, S. 13) und in der „Entscheidung des Rates über eine erneute europäische Agenda für die Erwachsenenbildung“ (vgl. Rat der Europäischen Union 2011, S. 3) empfohlen. Auf nationaler Ebene wurde „Life Long Guidance“ 2011 als eine von fünf strategischen Leitlinien in der „LLL:2020 Strategie zum lebensbegleitenden Lernen in Österreich“ (vgl. Republik Österreich 2011, S. 9) verankert. Ferner ist der „Ausbau der Bildungsinformation und der Bildungsberatung im Bereich der Erwachsenenbildung“ in der letzten Regierungserklärung als eine der Maßnahmen zur Weiterentwicklung der österreichischen Erwachsenenbildung festgehalten (vgl. Österreichische Bundesregierung 2013, S. 43).

100 Jahre Bildungs- und Berufsberatung in Österreich

In Rückschau auf die vergangenen hundert Jahre Bildungs- und Berufsberatung in Österreich lassen sich als Thesen folgende Gründe für die Ausformung der unterschiedlichen Angebotsformate in den jeweiligen Epochen ableiten:

- Die Berufsberatung nach Gründung der Ersten Republik war ausgerichtet auf eine Berufswahl, die das gesamte Leben prägt. In Folge der massiven sozialstrukturellen Veränderungen nach dem Ersten Weltkrieg und der enormen Arbeitslosigkeit kam sie aber nicht nur dem Bedürfnis nach Unterstützung Jugendlicher beim Übertritt von der Pflichtschule in den Lehrberuf entgegen, sondern auch dem Bedarf vieler Erwachsener nach Informationen über aktuelle Möglichkeiten am Arbeitsmarkt und im (Aus-)Bildungssystem. Aus- und Weiterbildungsentscheidungen waren arbeits- und berufsbezogen. Zusätzlich beförderte vor allem in Wien die Arbeiter- und Frauenbewegung die Bildungs- und Karriereambitionen breiterer Bevölkerungsgruppen. Berufsberatung wurde in die damals im Aufbau befindlichen Wohlfahrtsmaßnahmen aufgenommen.
- Die Bildungsberatung der 1960er und 1970er Jahre war ein Bestandteil der damaligen Bildungsreformen, die nach der proklamierten „Bildungskata-

strophe“ (Picht)⁵ auch in Österreich einsetzen. Im Zuge der zunehmenden bildungspolitischen Steuerung der Erwachsenenbildung bot sich Bildungsberatung aus steuerungspolitischer Perspektive als ein Instrument an, um bei breiten Bevölkerungsschichten für die Bildungsteilnahme und (Weiter-)Bildung im Erwachsenenalter sowie für die im Rahmen der damaligen Bildungsinitiative geschaffenen Angebote zu werben. Aus Sicht der Erwachsenenbildungsorganisationen unterstützte sie die TeilnehmerInnenorientierung. Aus individueller Sicht bot Bildungsberatung die Möglichkeit, sich punktuell über Aus- und Weiterbildungsangebote zu informieren und dadurch an der Bildungsexpansion teilzuhaben.

- Lifelong Guidance ist ein umfassendes Beratungskonzept, das eng mit den Europäischen Programmen zum lebenslangen Lernen ab den 2000er Jahren verbunden ist. Neben Information und Beratungen für Bildungs- und Berufsentscheidungen beinhaltet Lifelong Guidance die „*Beurteilung von Fähigkeiten, Unterstützung sowie Vermittlung der für Entscheidungsfindung und Laufbahngestaltung erforderlichen Kompetenzen*“ (Rat der Europäischen Union 2008a, S. 4) und weist diesbezüglich über Bildungsberatung hinaus. Es ist ein Sammelbegriff für vielfältige Angebote, die von einmaligen Informationsleistungen über umfangreichere Unterstützung bei Berufs- und Bildungsentscheidungen oder krisenhaften Veränderungsprozessen bis zu biografiebezogenen Begleitformaten der Reflexion und Zielerreichung reichen. Der sowohl zeitlich als auch inhaltlich entgrenzte Charakter dieses Konzepts korreliert

mit den gesellschaftlichen Herausforderungen, wie der zunehmenden Technologisierung und Globalisierung der Arbeitswelt, der Zunahme instabiler Arbeitsverhältnisse, der Migration und demografischen Veränderungen. Zusätzlich begünstigt der Wertewandel die Nachfrage nach Beratungsangeboten, die nicht nur Arbeit und Bildung, sondern die Lebensgestaltung insgesamt in den Blick nehmen. Lifelong Guidance begegnet dem individuellen Bedürfnis nach Orientierung und Unterstützung während unterschiedlicher biografischer Phasen in dynamischen Zeiten unter Berücksichtigung von Eigenständigkeit und Eigenverantwortung. Mit der „Hilfe zur Selbsthilfe“ droht jedoch auch eine Individualisierung gesellschaftlicher Problemlagen.

Inwieweit Bildungs- und Berufsberatung in ihrer derzeitigen projektförmigen Struktur und ohne entsprechende Gesellschaftsreformen zur Bewältigung sozialer Probleme und zur Erreichung beschäftigungs- und bildungspolitischer Ziele beitragen kann, wird die Zukunft zeigen. Ein Blick in die Geschichte der österreichischen Bildungs- und Berufsberatung zeigt jedenfalls zweierlei: zum einen, dass in modernen Gesellschaften mit ausdifferenzierten Beschäftigungs- und Bildungssystemen gut zugängliche und trägerunabhängige Bildungs- und Berufsberatungsangebote essentiell sind; zum anderen, dass es tragfähiger Rahmenbedingungen, demokratischer und kooperativer Strukturen sowie engagierter und professioneller BildungsberaterInnen mit Freiraum für Innovationen bedarf, soll Bildungsberatung zur Überwindung hegemonialer Strukturen und zu individueller Ermächtigung beitragen.

⁵ Mit dem Begriff „Bildungskatastrophe“ charakterisierte der deutsche Pädagoge Georg Picht 1964 die Situation des Bildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland. Er löste damit eine breite, auch Österreich erfassende Diskussion zu notwendigen Reformen des Bildungssystems aus, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

Ausstellung im Museum Arbeitswelt Steyr

Die Ausstellung zeichnet ein eindrückliches Bild über das Ausmaß und die Formen der Zwangsarbeit und ihre Verflechtungen mit dem zivilen Leben in Österreich während des Nationalsozialismus. 20 Millionen ZwangsarbeiterInnen mussten unter extremen Bedingungen arbeiten.

Dabei wird die zentrale Rolle der Arbeitsverwaltung und der Arbeitsämter in der Rekrutierung und Organisation der Zwangsarbeit gezeigt, die mit dem Entzug der wirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten von Anfang an auch die jüdische Bevölkerung betraf.

Die Arbeitsmarktverwaltung und die Arbeitsämter, die ursprünglich mit der Gewerkschaftsbewegung und den Friedensbemühungen nach dem Ersten Weltkrieg verbunden waren (Internationale Arbeitsorganisation – ILO 1919), haben damit in der Zeit des Nazi-Regimes in Österreich eine verbrecherische Vorreiterrolle gespielt, deren Geschichte in Deutschland, aber weniger in Österreich aufgearbeitet ist.

Informationen zur Ausstellung

Besuch noch bis 18. Dezember 2016, Di-So, 9:00 bis 17:00 Uhr möglich

Links zur Ausstellung:

- <http://www.museum-steyr.at>
- <http://www.museum-steyr.at/index.php?m=389>
- http://www.steyr.at/ZWANGSARBEIT_IM_NATIONALSOZIALISMUS_2

Weiterführende Informationen:

- Weidenholzer, Thomas (2011): „Arbeitseinsatz“ für den Krieg. Zwangsarbeit in der Stadt Salzburg. Vortrag, gehalten am 13.10.2011 in der TriBühne Lehen. Online im Internet: https://www.stadt-salzburg.at/pdf/vortrag__zwangsarbeit_in_der_stadt_salzburg.pdf [Stand: 2016-09-20].
- Goldberger, Josef/Sulzbacher, Cornelia (2008): Wirtschaftliche Verhältnisse. Online im Internet: <http://www.oegeschichte.at/epochen/oberoesterreich-in-der-zeit-des-nationalsozialismus/wirtschaft/einleitung.html> [Stand: 2016-09-20].
- WeltN24 (2015): Einer der ältesten KZ-Überlebenden ist tot. Online im Internet: <http://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article115833201/Einer-der-aeltesten-KZ-Ueberlebenden-ist-tot.html> [Stand: 2016-09-20].

Abb. 1: Berlin-Wilhelmshagen: Ankunft im Durchgangslager. Sowjetische Zwangsarbeiterinnen bei der Ankunft im Durchgangslager Berlin-Wilhelmshagen, Dezember 1942.



Foto: G. Gronfeld
Quelle: Deutsches Historisches Museum, Berlin

Abb. 2: Ein deutscher Uniformierter schikaniert einen Juden im besetzten Polen, Herbst 1939. Ein Ausschnitt des Fotos wurde 1939 im „Stürmer“ veröffentlicht, darauf fehlen die Kinder, die am Rand stehen und zuschauen.



Quelle: Stadtarchiv Nürnberg/Signatur E 39 Nr. 1703/21.

Literatur

- BBAW – Berufsberatungsamt der Stadt Wien und der Arbeiterkammer in Wien (1924-1933):** Tätigkeitsberichte der Jahre 1923 bis 1932. Wien.
- BGBI Nr. 171/1973:** 171. Bundesgesetz vom 21. März 1973 über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln. Republik Österreich.
- Bisovsky, Gerhard (1991):** Blockierte Bildungsreform. Staatliche Erwachsenenbildungs-Politik in Österreich seit 1970. Wien.
- Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union (2006):** Beschluss Nr. 1720/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens. Straßburg. Online im Internet: http://www.lebenslanges-lernen.at/fileadmin/III/dateien/lebenslanges_lernen_pdf_word_xls/allgemein/IIp_ratsbeschluss2006_de.pdf [Stand: 2016-09-22].
- Filla, Wilhelm (2001):** Wissenschaft für alle – ein Widerspruch? Bevölkerungsnaher Wissenstransfer in der Wiener Moderne. Ein historisches Volkshochschulmodell. Innsbruck/Wien/München.
- Filla, Wilhelm (2014):** Von der freien zur integrierten Erwachsenenbildung. Zugänge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Österreich. Frankfurt am Main.
- Gattol, Ernst (1974):** Bericht zur Tagung „Probleme der Bildungsinformation und -beratung bei Erwachsenen“ vom 2. bis 5.4.1974 im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang. In: Erwachsenenbildung in Österreich, 25. Jg., H. 7/8, S. 344-350.
- Gärtner, Wilhelm (1920):** Die Berufsberatung in der Tätigkeit der Volksbildungsvereinigungen. In: Volksbildung, 1. Jg., H. 5, S. 128-133.
- Götz, Rudolf/Haydn, Franziska/Tauber, Magdalena (2014):** Bildungsberatung: Information, Beratung und Orientierung für Bildung und Beruf (IBOBB). Online im Internet: <http://erwachsenenbildung.at/images/themen/dossier/ebooks/dossier-bildungsberatung.pdf> [Stand: 2016-09-22].
- Gugitscher, Karin (2013):** Das Berufsberatungsamt der Stadt Wien und der Arbeiterkammer in Wien. Eine sozialhistorische Studie zur Bildungs- und Berufsberatung in Wien 1918-1933/34. Masterarbeit, Alpen-Adria Universität Klagenfurt. Online im Internet: http://files.adulteducation.at/uploads/Ludo_Hartmann_und_Barbara_Prammer_Preis/Gugitscher_2013_MT_BBB_Wien_1918-1934.pdf [Stand: 2016-09-23].
- Gugitscher, Karin (2015):** Bildungsberatung und Erwachsenenbildung in Österreich. Eine historische Skizze im Kontext der Bildungsreformen um 1920 und 1970 sowie gegenwärtiger Bildungspolitik. Masterarbeit an der Karl-Franzens-Universität Graz.
- Jahoda, Marie (1997):** Rekonstruktionen. In: Engler, Steffani/Hasenjürgen, Brigitte (Hrsg.): „Ich habe die Welt nicht verändert“. Lebenserinnerungen einer Pionierin der Sozialforschung. Frankfurt am Main, S. 9-100.
- Jonke-Hauptmann, Edith (1994):** Die Berufsberatung der Wirtschaftskammern. In: Kailer, Norbert (Hrsg.): Beratung bei Weiterbildung und Personalentwicklung. Konzepte und Praxisbeispiele von Bildungsträgern und Unternehmen. Wien, S. 65-71.
- Keim, Wolfgang (1984):** Die Wiener Schulreform der ersten Republik – ein vergessenes Kapitel der europäischen Reformpädagogik. In: Die Deutsche Schule, 76. Jg., H. 4, S. 267-282.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000):** Memorandum über Lebenslanges Lernen. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2007):** Aktionsplan Erwachsenenbildung: Zum Lernen ist es nie zu spät. KOM(2007) 558. Brüssel. Online im Internet: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=URISERV:c11102&from=DE> [Stand: 2016-09-22].
- Krempf, Mathias/Thaler, Johannes (2015):** Arbeitsmarktverwaltung in Österreich 1917-1957. Bürokratie und Praxis. Wien.
- Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge (1925):** 2. Jg., H. 7.
- Lenz, Werner/Schmidl, Wolfgang (1977):** Bildungsberatung in der Erwachsenenbildung. Wien.
- ÖBL – Österreichisches Biografisches Lexikon (1815-1950, Lfg. 28, 1974):** Metschl, Karl (1864-1924), Gewerkschafter und Journalist. Bd. 6, S. 247f. Wien. Online im Internet: http://www.biographien.ac.at/oebl/oebl_M/Metschl_Karl_1864_1924.xml [Stand: 2016-09-22].

- Österreichische Bundesregierung (2013):** Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018. Erfolgreich. Österreich. Online im Internet: <https://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=53264> [Stand: 2016-09-22].
- ÖVA – Österreichisches Volkshochschularchiv (o.J.):** THESEUS-Datenbank „Kurse und Vorträge“. Online im Internet: https://www.vhs.at/vhsarchiv_suche.html?&no_cache=1#c39739 [Stand: 2016-09-22].
- Pamperl, Hans (1931a):** Berufsberatung in Österreich. In: Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge, 8. Jg., H. 7, S. 3-7.
- Pamperl, Hans (1931b):** Berufsberatung in Österreich. In: Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge, 8. Jg., H. 8/9, S. 1-5.
- Pesendorfer, Franz Alberich (1976):** Bildungsberatung für Erwachsene. Ein Erfahrungsbericht über das Modell in der Steiermark. In: Erwachsenenbildung in Österreich, 27. Jg., H. 10, S. 479-490.
- Rager, Fritz (1925):** Berufsberatung und Arbeiterschaft. Der Stand der Berufsberatung in Österreich. Wien.
- Rat der Europäischen Union (2002):** Entschließung des Rates vom 27. Juni 2002 zum lebensbegleitenden Lernen, 2002/C 163/01. Brüssel. Online im Internet: [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32002G0709\(01\)&from=DE](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32002G0709(01)&from=DE) [Stand: 2016-09-22].
- Rat der Europäischen Union (2004):** Entwurf einer Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über den Ausbau der Politiken, Systeme und Praktiken auf dem Gebiet der lebensbegleitenden Beratung in Europa, 9286/04. Brüssel. Online im Internet: https://www.bmb.gv.at/schulen/euint/eubildung_abb2010/llg_resolution2004_de_17467.pdf?5i828w [Stand: 2016-09-22].
- Rat der Europäischen Union (2008a):** Entwurf einer Entschließung des Rates vom 21. November 2008 und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einer besseren Integration lebensumspannender Beratung in die Strategie für lebenslanges Lernen, 2008/C 319/02. Brüssel. Online im Internet: [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:42008X1213\(02\)&from=DE](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:42008X1213(02)&from=DE) [Stand: 2016-09-22].
- Rat der Europäischen Union (2008b):** Schlussfolgerungen des Rates vom 22. Mai 2008 zur Erwachsenenbildung, 2008/C 140/09. Brüssel. Online im Internet: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:140:0010:0013:DE:PDF> [Stand: 2016-09-22].
- Rat der Europäischen Union (2009):** Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“), 2009/C 119/02. Brüssel. Online im Internet: [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009XG0528\(01\)&from=EN](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009XG0528(01)&from=EN) [Stand: 2016-09-22].
- Rat der Europäischen Union (2011):** Entschließung des Rates über eine erneute europäische Agenda für die Erwachsenenbildung, 2011/C 372/01. Brüssel. Online im Internet: [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32011G1220\(01\)&from=DE](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32011G1220(01)&from=DE) [Stand: 2016-09-22].
- Regulativ für die Organisation des Volksbildungswesens in Deutschösterreich (1919):** In: Volksbildung. Monatsschrift für die Förderung des Volksbildungswesens in Deutschösterreich, 1. Jg., H. 1, S. 5-10.
- Republik Österreich (2011):** Strategie zum lebensbegleitenden Lernen in Österreich. LLL:2020. Wien. Online im Internet: http://www.esf.at/esf/wp-content/uploads/LLL-Strategiepapier_20111.pdf [Stand: 2016-09-22].
- Schwarz, Olly (1929):** Die Berufsberatung der Erwachsenen. In: Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge, 6. Jg., H. 6, S. 12ff.
- Schwarz, Olly (1933):** Der Berufsberater als Schulpädagoge. In: Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge, 10. Jg., Heft 3/4, S. 14-15.
- Schwarz, Olly (1959):** Lebens-Erinnerungen. Maschinengeschriebenes Typoskript. Chicago.
- VHSV – Volkshochschule Wien Volksheim (1927-1929):** Berichte der Volkshochschule Wien Volksheim über ihre Tätigkeit vom 1. Oktober 1925/1926/1927 bis zum 30. September 1926/1927/1928 erstattet in der Jahresversammlung vom 12. Februar 1927/7. Jänner 1928/5. Jänner 1929. Wien.



Foto: K. K.

Mag.^a Karin Gugitscher, BA, MAS

karin.gugitscher@uni-graz.at
<http://www.uni-graz.at>
+43 (0)316 380-8027

Karin Gugitscher studierte Bildungswissenschaft und Erwachsenenbildung/Weiterbildung und ist seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Arbeitsbereichs Erwachsenenbildung/Weiterbildung am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Karl-Franzens-Universität Graz. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Bildungsberatung, Historische Bildungsforschung und Kompetenzanerkennung. Davor war sie als Bildungs- und Berufsberaterin tätig.

Educational and Vocational Counselling in Austria from a Historical Perspective

From a welfare approach to individualized educational counselling to lifelong guidance and transmission of competencies

Abstract

Educational and vocational counselling in Austria originated in the services provided to apprentices regarding their work and placement in positions at the beginning of the 20th century as well as in counselling provided by women's groups and employment agencies after World War I. This article reviews the history of educational and vocational counselling from its beginnings to the present and makes two main points. First, in modern societies with fully differentiated employment and educational systems, accessible educational and vocational counselling that is not affiliated with any organization is essential. Second, it requires viable conditions, democratic and cooperative structures as well as committed and professional educational counsellors with the freedom to innovate if lifelong guidance is to contribute to the overcoming of hegemonic structures and the fostering of individual empowerment.

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: www.erwachsenenbildung.at/magazin

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783741289620

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber der Ausgabe 29, 2016

Mag. Wolfgang Bliem (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Dr. Rudolf Götz (ÖSB Consulting GmbH)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Bildung und Frauen)
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Fachredaktion

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.^a Julia Schindler (Frauen aus allen Ländern)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Ina Zwerger (ORF Radio Ö1)

Online-Redaktion

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Hackl (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Mag.^a Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das „Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazin erwachsenenbildung.at sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll durch das Magazin der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden. Die eingelangten Beiträge werden einem Review der Fachredaktion unterzogen. Zur Veröffentlichung ausgewählte Artikel werden lektoriert und redaktionell bearbeitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter www.erwachsenenbildung.at/magazin kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als eBook.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L, A-8020 Graz
redaktion@erwachsenenbildung.at